

Nur kleine administrative Mängel?

Kurzbericht der b-now zur Akteneinsicht

Ausser b-now haben alle anderen Parteien bei der Akteneinsicht nur „kleine administrative Mängel“ gefunden. Gleichzeitig haben sie aber festgestellt, dass teilweise Dokumentation fehlte und öfters die Aktenlage nicht aussagekräftig war. b-now, erst im März ins Parlament eingezogen, hat da einiges mehr festgestellt. Nachfolgend ein paar „Schmankerl“:

2012: Informelles Angebot von Abowind, lediglich für den Langhals, die anderen Standorte hätten wegen Windschatten vom Feldberg nicht ausreichend Wind! Diese Einschätzung blieb unbeachtet.

20.2.2013: Die Stadtverordnetenversammlung beauftragte mit Beschluss 27/2013 sich selbst zu Vertragsverhandlungen (statt den Magistrat). D.h. der Magistrat wurde formal nie korrekt beauftragt.

23.4.2013: In der nachfolgenden Stadtverordneten-Sitzung wurde das Protokoll trotz Fehler ohne Korrektur einstimmig abgenickt. Hat es keiner gelesen?

11.3.2014: Durch eine Landtagsanfrage gab es einen Hinweis auf diesen Fehler. Das Ministerium befragte die Kommunalaufsicht und bestätigte im Landtag, dass die Stadtverordnetenversammlung diesen Auftrag nicht ausdrücklich an den Magistrat adressiert hat. Warum wurde der Fehler auch danach nicht korrigiert? Keine schlafenden Hunde wecken?

Laut Bürgermeister im Ausschuss am 14.7.16 habe er nur mündlich dazu Auskunft gegeben. Im Landtagsprotokoll dagegen steht erstaunliches: „Der Bürgermeister hat in seiner eingeholten Stellungnahme betont, dass er keinem Stadtverordneten die Einsicht in den Gestattungsvertrag verweigere bzw. verweigert habe.“ Nur mündlich und nicht schriftlich in so einer wichtigen Sache? Absicht?

Warum hat dann der Bürgermeister seit der Infoveranstaltung Ende 2013 gegenüber den Bürgern mit Geheimhaltung argumentiert und Einsicht in den Vertrag verweigert? Warum haben die Stadtverordneten den Vertrag erst im Juli 2016 bekommen? Eine Vereinbarung zur Geheimhaltung hat es nie gegeben! Erst auf anhaltenden Druck der b-now wurde der Vertrag am 2.9.2016 auf der Homepage der Stadt veröffentlicht.

21.8.2013: Bürgermeister und 1. Stadträtin haben ohne passende Ermächtigung einen vom 20.8. auf 21.8.2013 veränderten Vertrag unterschrieben. Der Magistrat wurde angeblich über die Vertragsänderung informiert, aber erst nachträglich und nur mündlich. Keine Aktennotizen, keine Dokumentation.

Bis 2014 wurde vom Bürgermeister berichtet, dass sowohl Süwag als auch juwi zu 50% an der Neu-Anspach Wind GmbH&Co KG, die das Projekt übernehmen sollte, beteiligt seien. Der Bürgermeister wusste aber laut seinen eigenen Angaben seit 21.8. 2013, dass Süwag "von der Unterzeichnung Abstand genommen hat".

Juli 2016: Bei weiteren Nachfragen durch b-now wurde dem Ausschuss die Einsicht in Magistratsprotokolle verweigert. Sicher sind Magistratssitzungen nicht öffentlich. D.h. aber nicht, dass die Protokolle so vertraulich sind, dass sie selbst ein Akteneinsichtsausschuss nicht sehen darf. Es ging entsprechend dem von allen angenommenen Auftrag schließlich um Einsicht in *"die Akten zu den Vorgängen im Verantwortungsbereich des Magistrats"*. Dazu gehören selbstverständlich auch die Sitzungsprotokolle – wie auch einschlägige Gesetzeskommentare bestätigen. Damit hat der Bürgermeister gegen die HGO verstoßen und die Arbeit des Ausschusses behindert – und zwar mit Vorsatz.

5.8.2016: Eine angebliche zusätzliche Vereinbarung, dass Süwag sich später an der Neu-Anspach Wind GmbH&Co KG beteiligen wolle, durften die Ausschussmitglieder nicht einsehen, obwohl sie sich anscheinend in den Akten des Bürgermeisters befunden hat.

2.9.2016: Generell wurde deutlich, dass die Regelungen des Vertrags schlechter sind als das ursprüngliche Angebot der mit Süwag als starken regionalen Partner gewählten Bietergemeinschaft. Die rasche Bereitschaft der juwi-Vertreter beim „Bürgerforum“ zu "großzügigen" Nachbesserungen bestätigen das. Warum das alles in 2013 so geschah und wer es zu verantworten hat bleibt ungeklärt, da auch hierzu keine Notizen oder Verhandlungsprotokolle vorgelegt wurden.

Risiken aus dem Betrieb, dem Aufwand für Sicherung und Freihaltung der Zuwege und dem späteren Rückbau der Stahlbetonklötze im Wasserschutzgebiet werden vom Bürgermeister mit „wir verpachten nur Gelände“ verantwortungslos kleingeredet.

Alles nur kleine administrative Mängel? So unsauber Abgearbeitetes soll fortgeführt werden?

NEIN! Das muss Konsequenzen haben.

Bernd Töpperwien, Artur Otto, Klaus Golinski
b-now Neu-Anspach